

Antrag der Fraktion der CDU**Klares Bekenntnis zum Unternehmen Fr. Lürssen Werft!**

Das Land Saudi-Arabien beabsichtigt nach Medienberichten bei der Firma Fr. Lürssen Werft in Bremen den Bau von Küstenschutzbooten in Auftrag zu geben. Der Auftrag soll ein finanzielles Volumen von ca. 1,5 Mrd. € haben. Dieser würde unzweifelhaft einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Auslastung des Unternehmens für die kommenden Jahre leisten. Dieses ist nicht nur für das Unternehmen und seine Beschäftigten, sondern auch für Bremen als Gemeinwesen von hoher Bedeutung: Steueraufkommen und Impulse für die technologische Entwicklung, insbesondere im Bereich des Schiffbaus, haben Bedeutung für die gesamte Region des norddeutschen Raums. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in einem Forschungs- und Industriestandort wie Bremen militärische und zivile Produktions- und Verwendungszusammenhänge nicht voneinander trennbar sind. Im Gegenteil: Militärische Projekte beinhalten häufig ein wichtiges Innovationspotenzial für zivile Nutzungen und Anwendungen.

Aufträge im Rüstungsbereich sind neben ihrer wirtschaftlichen Bedeutung stets aber auch politisch zu bewerten. Saudi-Arabien liegt in einer Krisenregion, deren Vergangenheit auch bestimmt war durch Konflikte, Kriege und Terrorismus. Die staatliche Struktur des Landes entspricht nicht unseren Vorstellungen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die Beachtung der Menschenrechte und insbesondere die Gleichstellung von Frau und Mann sind unzureichend ausgestaltet. Dennoch ist auch nicht zu übersehen, dass das Land als Staat der arabischen Halbinsel berechnete Sicherheitsinteressen hat, die in der Vergangenheit und auch aktuell bedroht sind und dass das Land zur Stabilisierung der Region einen Beitrag leistet. Diese Stabilität ist für eine globalisierte Welt, und nicht zuletzt für Israel mit unserer Partnerstadt Haifa, von hoher Bedeutung.

Aufträge im Rüstungssektor bedürfen vor diesem Hintergrund der politischen Bewertung, Abwägung und schließlich der Entscheidung im Einzelfall, die im Bundessicherheitsrat stattfindet und rechtlich verortet ist. Diese Praxis hat sich über viele Legislaturperioden mit unterschiedlichen Regierungskonstellationen bewährt. Sie gewährleistet nicht nur eine umfassende sicherheits- und außenpolitische Bewertung, sondern auch gleiche Maßstäbe für die Unternehmen deutschlandweit und die Wahrung der Chancengerechtigkeit, insbesondere international strukturierter und orientierter Unternehmen, im internationalen Wettbewerb. Deshalb besteht kein Grund, die aktuelle und für Bremen in vielfältiger Hinsicht positiv zu beurteilende Produktion und Lieferung von Küstenschutzbooten an Saudi-Arabien infrage zu stellen und zu diskreditieren.

Insbesondere aber ist die Stigmatisierung auch im Rüstungsbereich tätiger Unternehmer, z. B. durch die Verwendung von Begriffen wie „Die Herren Waffenschieber“, und eine unangemessene Herabwürdigung des Senats, der diese angeblich „hofiert“, völlig inakzeptabel. Im Gegenteil: Die Firma Fr. Lürssen Werft ist ein „Leuchtturm“ für Bremen und den deutschen Schiffbau. Ihr Wirken ist dabei nicht nur wirtschaftlicher Natur: Unternehmen und Eigentümerfamilie engagieren sich in guter hanseatischer Tradition in vielen gemeinwohlorientierten Bereichen des öffentlichen Lebens Bremens.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Produktion und Lieferung von Küstenschutzbooten an Saudi-Arabien durch die Firma Fr. Lürssen Werft auf der

Grundlage der Abwägungen und Entscheidungen des Bundessicherheitsrates zu unterstützen.

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt besondere Wertschätzung fest für,

1. die unverzichtbare Bedeutung der Firma Fr. Lürssen Werft als Wirtschaftsunternehmen für die Region, die einen wichtigen Beitrag zur Sicherung qualifizierter Arbeitsplätze, zur Wertschöpfung und zum Steueraufkommen für Stadt und Land leistet,
2. deren wichtigen Beitrag zur technologischen Entwicklung insbesondere im für die Küstenländer besonders wichtigen Bereich des Schiffbaus und zur Ausbildung und Beschäftigung vieler Menschen in dieser durch Wettbewerb so umkämpften Branche,
3. das hohe gemeinwohlorientierte Engagement der Unternehmerfamilie, z. B. in den Feldern der Kultur und Wissenschaft.

Die Bürgerschaft (Landtag) unterstreicht,

1. dass bei Rüstungsexporten politische Grundsätze und Erwägungen sowie Fragen der Menschenrechte und der wirtschaftlichen Interessen auch weiterhin stets in die Einzelfallentscheidung mit einbezogen werden.
2. dass das politische Genehmigungsverfahren zum Export von Rüstungsgütern mit dem Instrument des Bundessicherheitsrates sich grundsätzlich bewährt hat und politische Prozesse zu diesbezüglichen Entscheidungen so transparent wie irgend möglich und so vertraulich wie eben nötig gestaltet werden müssen sowie
3. dass bei Waffenlieferungen in den Nahen Osten die besonderen Sicherheitsinteressen Israels stets im Zweifel im Vordergrund stehen müssen.

Jörg Kastendiek, Dr. Thomas vom Bruch,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU